



GRÜNE Schweiz  
Raphael Noser  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern

[Raphael.noser@gruene.ch](mailto:Raphael.noser@gruene.ch)

031 326 66 07

Eidgenössisches Departement  
des Inneren EDI  
Bundesamt für Gesundheit BAG  
Schwarzenburgstrasse 157  
3003 Bern

Per Mail:

[gever@bag.admin.ch](mailto:gever@bag.admin.ch)

[aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch)

Bern, 8. Januar 2025

### **17.480 n Pa. Iv. (Weibel) Bäume. Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin,  
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Die GRÜNEN lehnen sowohl die von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats vorgeschlagene Umsetzungsvorlage wie auch die dieser zu Grunde liegende Parlamentarische Initiative grundsätzlich ab. Die Konsequenzen der parlamentarischen Initiative sind nicht zielführend bezüglich einer Entlastung des medizinischen Personals in der Spitalnotaufnahme. Dieses Ziel soll mit einer verbesserten Personaldotation in den Notfallstationen erreicht werden und nicht durch eine finanzielle Bestrafung der Patient\*innen. Die Vorlage würde jedoch einzig letzteres erzielen und die Situation der schlechten Arbeitsbedingungen und Überlastung unverändert beibehalten. Einzig die finanzielle Beteiligung der Bevölkerung würde sich weiter erhöhen. Vor dem Hintergrund der kürzlich beschlossenen Erhöhung der Mindestfranchise erscheint diese weitere finanzielle Belastung der Bevölkerung nicht sachgerecht. Die finanzielle Beteiligung der Patient\*innen in der Schweiz liegt bereits ohne Umsetzung der parlamentarischen

Initiative 17.480 n im europäischen Vergleich auf einem sehr hohen Niveau. Doch eine Bestrafung der Patient\*innen, die ohne Überweisung die Notfallaufnahme aufsuchen, würden Personen aus unteren Einkommenschichten mit weiteren Kosten im Gesundheitsbereich belastet werden. Die genannte Personengruppe könnten aufgrund von Unsicherheit und eines höheren Selbstanteils daran gehindert werden, die Spitalnotaufnahme aufzusuchen, auch wenn dies medizinisch angezeigt wäre.

Es mag zutreffen, dass sich eine gewisse Anzahl von Patient\*innen in der Notaufnahme nicht in einer Notfallsituation befinden und als sogenannte Bagatellfälle zu verbuchen sind. In vielen Fällen ist eine schnelle Abklärung jedoch dennoch sinnvoll und hilfreich, da es sich um eine lebensbedrohliche oder gesundheitsgefährdende Situation handeln könnte. Aus medizinischer und ethischer Sicht ist es in diesen Fällen nicht sinnvoll, die betreffenden Personen von einem Notfallbesuch im Krankenhaus abzuhalten.

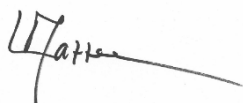
Die GRÜNEN vertreten die Auffassung, dass Massnahmen zur Bekämpfung der Überlastung und der unzureichenden Arbeitsbedingungen im medizinischen Bereich und in den Notaufnahmen von Spitälern ergriffen werden müssen. Eine breitere Aufklärung der Bevölkerung, wann eine Notaufnahme aufzusuchen ist, ist dabei ein wesentlicher Faktor. Darüber hinaus sind bessere Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal sowie eine Aufstockung des Personals erforderlich, um eine Überlastung von Einzelpersonen und des Systems zu vermeiden.

Darüber hinaus weisen die GRÜNEN darauf hin, dass der Vorschlag einen unnötigen administrativen Mehraufwand bedeuten würde und ungeklärte finanzielle und haftungsrechtliche Risiken birgt.

Die GRÜNEN lehnen die vorliegende Vernehmlassungsvorlage entsprechend ab und beantragen der Kommission auf eine Umsetzung der zugrundeliegenden parlamentarischen Initiative zu verzichten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone  
Präsidentin



Raphael Noser  
Fachsekretär